



**Flucht und Migration**

# Wie ist die Situation an den Außengrenzen der EU?

**August 2017**

**MEDIENDIENST INTEGRATION**  
Schiffbauerdamm 40 | Raum 2107  
10117 Berlin

**Telefon: +49 30 200 764 80**  
**mail@mediendienst-integration.de**

ITALIEN.....	3
GRIECHENLAND.....	5
UNGARN .....	7
BULGARIEN .....	9
SPANIEN .....	10

Mehrere Staaten an den EU-Außengrenzen haben in den vergangenen Jahren ihre Grenzkontrollen und ihre Flüchtlingspolitik verschärft. Diese Praxis steht in der Kritik. Experten prangern Menschenrechtsverletzungen an. Asylsuchende, die es nach Europa schaffen, werden vielerorts inhaftiert oder müssen lange in maroden Flüchtlingslagern leben. Der MEDIENDIENST INTEGRATION hat die Lage in den fünf wichtigsten Grenzregionen der EU analysiert.

# ITALIEN

Bevölkerung (in Millionen)	Ankünfte 2016	Asylanträge 2016	Schutzquote (in Prozent)	Wichtigste Herkunftsstaaten
60,6	181.500	123.000	39,3	Nigeria, Eritrea, Guinea

Quellen: [Weltbank](#), [UNHCR](#), [Eurostat](#) ©MEDIENDIENST INTEGRATION

## Grenzpolitik

Seit dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gaddafi 2011 ist die Zahl der Menschen, die aus Libyen über die zentrale Mittelmeer-Route nach Italien kommen, deutlich gestiegen. Besonders stark nahm sie 2014 zu, nachdem Konflikte zwischen bewaffneten Milizen und zwei konkurrierenden Regierungen in Tripolis und Tobruk eskalierten.<sup>1</sup> 2016 gab es mit 180.000 Ankünften in Italien einen Rekordwert.<sup>2</sup>

Italien hat als Reaktion seine Kapazitäten im Bereich der Grenzkontrolle auf See ausgebaut. 2013 startete die Regierung die Grenzschutz- und Seenotrettungs-Mission „Mare Nostrum“. Nach deren Ende 2014 ist die italienische Marine weitgehend für die Koordinierung der europäischen Operationen „Triton“ und „Sophia“ zuständig.

Seit fast zehn Jahren kooperiert Italien außerdem mit Libyen, um die irreguläre Einwanderung über das zentrale Mittelmeer einzuschränken: Zuletzt unterzeichneten Vertreter der zwei Regierungen im Februar 2017 eine Vereinbarung zum Zweck der gemeinsamen Grenzsicherung.<sup>3</sup> Und die Europäische Kommission hat kürzlich einen „Aktionsplan“ verabschiedet mit dem Ziel, die italienischen und libyschen Grenzbehörden stärker finanziell zu unterstützen.<sup>4</sup>

Seit Juli 2017 patrouillieren einige Schiffe der italienischen Marine in libyschen Territorialgewässern – sie sollen Einheiten der libyschen Küstenwache bei der Bekämpfung von Schleusern unterstützen.<sup>5</sup> Seitdem geht die Zahl der Ankünfte in Italien zurück. Rund 10.000 waren es im Juli, 50 Prozent weniger als im Vormonat.<sup>6</sup>

Internationale Organisationen wie „Amnesty International“ haben die Kooperation mit der libyschen Regierung aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen im Land angeprangert.<sup>7</sup> Berichten zufolge hat die libysche Küstenwache zuletzt mehrfach Warnschüsse abgegeben, um

<sup>1</sup> Siehe hierzu Altai Consulting, „[Mixed Migration Trends in Libya](#)“, 2017 (Englisch)

<sup>2</sup> UNHCR, Operational Portal [Mediterranean Situation](#) (Englisch)

<sup>3</sup> Italy-Lybia [Agreement](#), the Memorandum Text (Englisch)

<sup>4</sup> Central Mediterranean Route: [Commission proposes Action Plan](#) to support Italy, reduce pressure and increase solidarity, July 2017 (Englisch)

<sup>5</sup> Il Sole 24 Ore, [Camera dà il via libera](#) a missione: partita la prima nave, Juli 2017 (Italienisch)

<sup>6</sup> [Frontex](#), Migratory Flows in July, August 2017 (Englisch)

<sup>7</sup> Amnesty International, [Italy: Deploying warships](#) to police Libyan waters will expose refugees to horrific abuse, Juli 2017 (Englisch)

Schiffe von zivilen Seenotrettern aufzuhalten.<sup>8</sup> Drei NGOs haben mittlerweile ihre Arbeit aus Sicherheitsgründen eingestellt.

2017 beschuldigten einige italienische Staatsanwälte und Mitglieder der Regierung die zivilen Seenotretter, mit Schleusern zusammenzuarbeiten.<sup>9</sup> Im Juli 2017 hat die italienische Regierung einen Verhaltenskodex für NGOs entworfen, der die Arbeit der Organisationen unter strenge staatliche Aufsicht stellt.<sup>10</sup> Mehrere NGOs haben den Kodex unterzeichnet. Der Verhaltenskodex erschwere die Arbeit der NGOs deutlich, kritisieren Menschenrechtsorganisationen.<sup>11</sup> Die Debatte über die Aktivität der NGOs hat zu einer politischen Krise in Italien geführt: Das Innenministerium und das Verkehrsministerium streiten derzeit darüber, ob die Seenotrettung oder die Grenzsicherung Priorität haben soll.<sup>12</sup>

## Aufnahme

In den vergangenen vier Jahren ist die Zahl der Asylbewerber konstant gestiegen: Lag sie 2012 noch bei rund 17.000, hat sie 2016 mehr fast 123.000 erreicht.

2015 hat die Europäische Kommission sogenannte Hotspots an den südlichen Grenzen der EU eingerichtet.<sup>13</sup> In Italien gibt es Hotspots in Lampedusa, Pozzallo, Taranto und Trapani.<sup>14</sup> Insgesamt verfügen sie über 1.600 Unterbringungsplätze.<sup>15</sup> Hier findet zunächst eine medizinische Untersuchung statt. Anschließend werden alle ankommenden Migranten registriert und ihre Fingerabdrücke eine europaweite Datenbank aufgenommen.<sup>16</sup>

Die persönlichen Daten der Migranten werden in ein Formular eingetragen (foglio notizie), in dem unter anderem die Gründe für die Einreise erfasst werden.<sup>17</sup> Die Optionen sind: Asyl, Familiennachzug, Arbeitssuche oder „Flucht aus der Armut“. Menschen, die „Arbeit“ oder „Armut“ als Grund für die Einreise angeben, werden als nicht asylberechtigt und damit als ausreisepflichtig eingestuft. Italienische Flüchtlingsorganisationen bemängeln, dass die Befragten zu diesem Zeitpunkt nicht wissen, dass sie Anspruch auf einen Asylantrag haben.<sup>18</sup>

Schutz erhalten rund 40 Prozent aller Antragsteller – die meisten von ihnen bekommen entweder humanitären (zwei Jahre Aufenthalt) oder subsidiären Schutz (fünf Jahre).<sup>19</sup> Das Asylverfahren dauert in der Regel neun Monate bis zu einem Jahr. Nach einem neuen Gesetz vom Februar 2017 dürfen Asylbewerber nur in der ersten Instanz gegen einen Asylbeschluss klagen. Der Verband der

---

<sup>8</sup> Washington Post, [Libya's coast guard](#) abuses migrants despite E.U. funding and training, Juli 2017 und Focus Online, [„Flüchtlingshelfer attackiert: Video zeigt Schüsse der libyschen Küstenwache“](#), August 2017

<sup>9</sup> La Repubblica, [„Contatti con scafisti – indagine sulle ONG“](#), Februar 2017 und Corriere della Sera [„Migranti e Ong, verifichete anche su Medici Senza Frontiere“](#), August 2017 (Italienisch)

<sup>10</sup> [Code of Conduct](#) for NGOs Involved in Rescue Operations at Sea (Englisch)

<sup>11</sup> Human Rights Watch, EU: [Draft Code for Sea Rescues](#) Threatens Lives, Juli 2017 (Englisch)

<sup>12</sup> Il Fatto Quotidiano, „Migranti, [guerra aperta nel governo](#). Continua lo scontro tra Delrio e Minniti: Combattiamo gli scafisti, non le ong“, August 2017 (Italienisch)

<sup>13</sup> Siehe hierzu Mediendienst Integration, [Was ist das Hotspot-System?](#)

<sup>14</sup> Europäische Kommission, [Eighth report](#) on relocation and resettlement, Dezember 2016, Seite 11 (Englisch)

<sup>15</sup> Europäische Kommission, [Hotspots State of Play](#), Juli 2017 (Englisch)

<sup>16</sup> Ministero Libertà Civili e Immigrazione, [Standard Operating Procedure](#) applicable to Hotspots, 2016 (Italienisch)

<sup>17</sup> Ministero degli Interni, [Foglio Notizie](#) Richiedenti Asilo (Italienisch)

<sup>18</sup> Progetto Melting Pot Europa, Hotspot - Le ["Procedure Operative Standard](#) (SOP)", Juni 2016 (Italienisch)

<sup>19</sup> European Asylum Database, [Country Report Italy](#), Februar 2017, Seite 7

italienischen Ausländerrechtsexperten ASGI kritisiert, dass das Gesetz nicht verfassungskonform ist.<sup>20</sup>

Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive – das heißt aus Ländern mit einer Schutzquote von 75 Prozent oder höher – können die Überstellung in einen anderen EU-Mitgliedstaat im Rahmen des sogenannten Relocation-Programms beantragen. Seit 2015 wurden rund 8.000 Asylsuchende aus Italien umverteilt. Den Plänen der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2015 zufolge sollten bis Ende 2017 insgesamt 160.000 Menschen aus Griechenland und Italien umverteilt werden.<sup>21</sup>

Ausreisepflichtige Menschen sollen in Abschiebungszentren untergebracht werden – diese verfügen jedoch nur über wenige Hundert Plätze. Viele Geflüchtete tauchen deshalb unter. Einige versuchen, andere europäische Länder zu erreichen.

Ende 2016 waren rund 132.000 Asylbewerber in Notunterkünften (CAS) untergebracht – das sind rund drei Viertel aller Asylsuchenden im Land. Rund 15.000 Menschen leben in Erstaufnahmeeinrichtungen (CARA) und weitere 30.000 in Anschlussunterbringungen (SPRAR). Die Aufnahmeeinrichtungen stehen seit mehreren Jahren in der Kritik: 2014 hat die Staatsanwaltschaft in Rom eine kriminelle Organisation bestehend aus Politikern, Rechtsextremisten und Unternehmern aufgedeckt, die illegale Geschäfte mit Flüchtlingsunterkünften machte.<sup>22</sup> Ähnliche Ermittlungen gab es auch in vielen anderen Regionen Italiens. Ein Bericht der Nichtregierungsorganisation „LasciateCIEntrare“ aus dem Jahr 2016 hat außerdem schwerwiegende strukturelle Mängel in fast allen Aufnahmeeinrichtungen festgestellt: unzureichende Schlafplätze, baufällige Strukturen, mangelnde Hygiene und Sicherheit.<sup>23</sup>

## GRIECHENLAND

Bevölkerung (in Millionen)	Ankünfte 2016	Asylanträge 2016	Schutzquote (in Prozent)	Wichtigste Herkunftsstaaten
10,7	173.500	51.100	23,7	Syrien, Afghanistan, Irak

Quellen: [Weltbank](#), [UNHCR](#), [Eurostat](#) ©MEDIENDIENST INTEGRATION

## Grenzpolitik

2015 war Griechenland für Geflüchtete aus dem Nahen Osten und aus Ostafrika das Haupttor nach Europa. Fast 860.000 Menschen kamen über die östliche Mittelmeer-Route nach Europa. Im März 2016 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf ein Abkommen mit der Türkei. Es sieht unter anderem schärfere Grenzkontrollen durch die Türkei vor.

<sup>20</sup> Associazione per gli Studi Giuridici sull'Immigrazione, Il [D.L. 13/2017](#): Le principali ragioni di illegittimità, 2017 (Italienisch)

<sup>21</sup> Europäische Kommission, [Fourteenth report](#) on relocation and resettlement, Juli 2017 (Englisch)

<sup>22</sup> L'Espresso, "[Gli immigrati rendono più della droga](#)" La mafia nera nel business accoglienza, Dezember 2014 (Italienisch)

<sup>23</sup> LasciateCIEntrare, [Mobilitazione nazionale per la giornata](#) del rifugiato 2016 (Italienisch)

Das EU-Türkei-Abkommen regelt zudem: Geflüchtete, die über die Türkei auf die griechischen Inseln kommen und keinen Anspruch auf Asyl haben, können in die Türkei zurückgeführt werden. Für jeden Syrer, der in die Türkei geschickt wird, soll ein anderer Syrer legal in die EU einreisen dürfen. Nach dem Abkommen ist die Zahl der Zugänge drastisch zurückgegangen: 2016 erreichten rund 173.000 Geflüchtete Griechenland. Im ersten Halbjahr 2017 waren es etwa 10.000 (Stand 31. Juli 2017).<sup>24</sup>

## Aufnahme

Auf den ägäischen Inseln wurden fünf sogenannte Hotspots (Chios, Lesbos, Samos, Leros, Kos) eingerichtet. Hier werden Geflüchtete registriert und müssen zunächst auch hier bleiben, es sei denn, sie sind besonders schutzbedürftig (Familien mit Kindern, Kranke, Schiffbrüchige). Diese Personen werden in der Regel sofort auf das griechische Festland gebracht.

Drei mögliche Szenarien können Asylsuchende in Griechenland betreffen:

- Sie werden im Rahmen des sogenannten EU-Türkei-Deals zurück in die Türkei überstellt, wo sie einen Asylantrag stellen können.
- Sie stellen einen Asylantrag in Griechenland. In diesem Fall dürfen sie die Insel nicht verlassen, bis der Antrag bearbeitet wurde.
- Sie werden im Rahmen des „Relocation-Programms“ auf andere EU-Mitgliedstaaten verteilt.

Bislang wurden in die Türkei 1.800 Menschen rücküberstellt. Etwa 16.800 wurden bis Ende Juli 2017 auf andere EU-Mitgliedstaaten umverteilt – die meisten von ihnen nach Deutschland (rund 3.700), Frankreich (3.600) und in die Niederlanden (1.500). Zugang zum „Relocation“-Programm haben Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive, wie etwa Syrer, Eritreer und Iraker und besonders Schutzbedürftige (Familien mit Kindern, Frauen, Kranke).<sup>25</sup>

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Asylanträge liegt bei mehr als einem Jahr. Im April 2017 hielten sich mehr als 62.000 Asylbewerber in Griechenland auf, rund 48.000 von ihnen auf dem Festland. 95 Prozent aller Asylbewerber leben in Notunterkünften und Zeltlagern, die vom UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betrieben werden.<sup>26</sup>

Besonders kritisch ist die Situation auf den griechischen Inseln: Während die Hotspots über rund 9.000 Plätze verfügen, liegt die Zahl der Flüchtlinge, die dort gestrandet sind, bei fast 13.000 Menschen.<sup>27</sup> In den überfüllten Camps sind die Lebensbedingungen sehr hart, wie die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ festgestellt hat: Es fehlen sanitäre Anlagen und wetterfeste Unterbringungen.<sup>28</sup> Das hat zu Eskalationen geführt: In den Camps von Lesbos und Chios kam es mehrfach zu gewaltsamen Protesten – zuletzt im Juli 2017.<sup>29</sup> Für die rund 21.300 Kinder und Jugendlichen, die in den Camps leben, ist die Situation besonders belastend: Sexuelle

<sup>24</sup> UNHCR, Operational Portal [Mediterranean Situation](#) (Englisch)

<sup>25</sup> Europäische Kommission, [Fourteenth report](#) on relocation and resettlement, Juli 2017 (Englisch)

<sup>26</sup> Europäische Kommission, [Eleventh report](#) on relocation and resettlement, April 2017 (Englisch)

<sup>27</sup> Human Rights Watch, Greece: [A Year of Suffering](#) for Asylum Seekers, März 2017 (Englisch)

<sup>28</sup> Ebenda

<sup>29</sup> Die Welt, [„In Lesbos stehen Container in Flammen“](#), Juli 2017

Gewalt und Missbrauch sollen weit verbreitet sein, wie eine Studie der Universität Harvard festgestellt hat.<sup>30</sup> Die Europäische Union hat für den Ausbau des griechischen Asylsystems und der Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge 870 Millionen Euro bereitgestellt.<sup>31</sup>

## UNGARN

Bevölkerung (in Millionen)	Ankünfte 2016	Asylanträge 2016	Schutzquote (in Prozent)	Wichtigste Herkunftsstaaten
9,8	67.651*	29.430	8,4	Afghanistan, Syrien, Pakistan

\* Diese Zahl setzt sich zusammen aus: Festnahmen an der Grenze, verhinderten Grenzüberritten und tatsächlichen Einreisen

Quellen: [Weltbank](#), [Hungarian Helsinki Committee](#), [Eurostat](#) ©MEDIENDIENST INTEGRATION

## Grenzpolitik

Im Jahr 2016 versuchten rund 67.000 Menschen, die ungarische Grenzen zu überqueren. Im Vorjahr waren es rund 400.000. Nachdem die ungarische Regierung im Spätsommer 2015 einen 175 Kilometer langen Zaun an den Grenzen zu Serbien und Kroatien errichtete, gingen die Zahlen zurück.<sup>32</sup>

Gleichzeitig wurden bei vier Grenzübergängen zu Serbien und Kroatien „Transitzonen“ eingerichtet. Seit Januar 2017 werden nur fünf Menschen pro Arbeitstag in jede Transitzone gelassen. Hier können sie einen Asylantrag stellen. Zugang wird fast ausschließlich besonders Schutzbedürftigen gewährt – Kranken, Frauen und Familien mit Kindern.<sup>33</sup>

Diese Praxis führt zu langen Wartezeiten: Asylsuchende müssen laut Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mindestens sechs Monate vor den Eingangstoren auf der serbischen Seite ausharren, bevor sie die Transitzone betreten können.<sup>34</sup> So sind Wartezonen, sogenannte pre-transit-zones entstanden, in denen Asylsuchende in improvisierten Zeltlagern leben. Öffentliche Toiletten wurden erst im Sommer 2016 vom UN-Flüchtlingswerk UNHCR eingerichtet. Der UNHCR ist gemeinsam mit dem serbischen Innenministerium und der „Organisation Ärzte ohne Grenzen“ für die Versorgung der Geflüchteten in den Camps zuständig.<sup>35</sup>

Theoretisch hängt der Zugang zu den Transitzonen davon ab, wie lange Asylbewerber gewartet haben und ob sie besonders schutzbedürftig sind. In der Praxis werden die Wartelisten jedoch von selbsternannten „Community Leadern“ unter den Flüchtlingen verwaltet. Laut der Menschenrechtsorganisation Helsinki Group Hungary gab es mehrere Fälle von Korruption und

<sup>30</sup> FXB Centre for health and Human Rights, [Emergency within an Emergency](#), Exploitation of Migrant Children in Greece, April 2017 (Englisch)

<sup>31</sup> Europäische Kommission, [Managing the Refugee Crisis](#), Januar 2017 (Englisch)

<sup>32</sup> International Organization for Migration, [Migration Issues](#) in Hungary, Juli 2017 (Englisch)

<sup>33</sup> Asylum Information Database, [Hungary Country Report](#) – Update, Februar 2017, Seite 16 (Englisch)

<sup>34</sup> International Organization for Migration, [Migration Issues](#) in Hungary, Juli 2017 (Englisch)

<sup>35</sup> Asylum Information Database, [Hungary Country Report](#) – Update, Februar 2017, Seite 16 (Englisch)

Machtmissbrauch bei der Verwaltung der Listen.<sup>36</sup>

Angesichts dieser Bedingungen versuchen weiterhin viele Geflüchtete, illegal über die Grenze zu gelangen. Seit Juli 2016 können alle irregulären Migranten, die bis zu acht Kilometer von der Grenze entfernt im Landesinneren festgenommen werden, ohne weiteres zurückgeschoben werden – das heißt, ohne die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Diese Praxis wurde vom UN-Flüchtlingswerk UNHCR als Verstoß gegen das individuelle Recht auf Asyl angesehen.<sup>37</sup> Um die Überwachung der acht-Kilometer-Zone zu garantieren, hat die ungarische Regierung im Eiltempo mehrere Hundert „Grenzjäger“-Sondereinheiten der Polizei – angestellt.<sup>38</sup> Festnahmen und Abschiebungen werden mit extremer Brutalität durchgeführt, berichtet unter anderen die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“.<sup>39</sup> Die Grenzschutzagentur Frontex hat sich von den Methoden der ungarischen Grenzpolizei distanziert.<sup>40</sup>

Im ersten Halbjahr 2017 wurden fast 6.000 Geflüchtete an der Grenze zurückgewiesen. Fast 4.000 wurden zurückgeschoben und rund 550 wurden festgenommen.<sup>41</sup>

## Aufnahme

Wer in die Transitzone gelassen wird, muss dort seit einer Gesetzesreform vom März 2017 unter haftähnlichen Bedingungen bis zum Ende des Verfahrens bleiben. Alle Asylbewerber, die bereits im Land sind, müssen zurück in die Transitzone, um ihre Asylanträge zu stellen. Im ersten Halbjahr 2017 wurden in Ungarn etwa 2.000 Asylanträge gestellt. In der Regel dauert die Bearbeitung eines Antrags ungefähr zwei Monate.<sup>42</sup> In den Hafteinrichtungen ist die Lage erbärmlich, berichtet das ungarische Nachrichtenportal Index in einer umfangreichen Reportage.<sup>43</sup>

Ausschließlich anerkannte Flüchtlinge dürfen die Transitzone verlassen. Im ersten Halbjahr 2017 waren es lediglich 321 Personen – das ergibt eine Schutzquote von rund 12 Prozent. Bei syrischen Flüchtlingen betrug die Schutzquote rund 16 Prozent.<sup>44</sup> Der Grund: Anträge von Menschen, die aus Serbien eingereist sind, werden grundsätzlich als „unzulässig“ abgelehnt, da Serbien seit 2015 als „sicherer Drittstaat“ gilt.<sup>45</sup> Der UNHCR hat die Einstufung Serbiens als „sicherer Drittstaat“ kritisiert.<sup>46</sup> Abgelehnte Antragsteller können Widerspruch gegen einen Bescheid einlegen – dafür haben sie aber nur drei Tage Zeit. Die Fälle werden zudem im Eiltempo von Beamten und nicht von Richtern behandelt. Seit einer Reform des Asylgesetzes aus dem Jahr 2016 bekommen anerkannte Flüchtlinge in Ungarn keine Sozialleistungen.<sup>47</sup>

---

<sup>36</sup> Ebenda, Seite 17

<sup>37</sup> UNHCR, [Hungary as a Country](#) of Asylum, Mai 2016, Seiten 13 und ff. (Englisch)

<sup>38</sup> Der Standard, [„Grenzjäger in Ungarn](#), Beruf mit Perspektive“, Dezember 2016

<sup>39</sup> Bordermonitoring, [MSF-Update: A New Wave of Violence is Sweeping the Hungary Serbia Border](#), Juni 2017 (Englisch)

<sup>40</sup> Siehe hierzu, Liberation, [A la frontière serbe](#), Frontex s'embourbe dans la galère hongroise, September 2016 (Französisch)

<sup>41</sup> Hungarian Helsinki Committee, [Key Asylum Figures](#) as of June 2017 (Englisch)

<sup>42</sup> Asylum Information Database, Hungary – [Regular Asylum Procedure](#) (Englisch)

<sup>43</sup> Index, [Valójában börtön a tranzitóna](#), ahol a terhes nőket is bilincsbe verik, Juni 2017 (Ungarisch)

<sup>44</sup> Hungarian Helsinki Committee, [Key Asylum Figures](#) as of June 2017 (Englisch)

<sup>45</sup> Siehe [Asylum Act](#), Section 2 i (Englisch)

<sup>46</sup> UNHCR, [Hungary as a Country](#) of Asylum, Mai 2016, Seiten 13 und ff. (Englisch)

<sup>47</sup> Asylum Information Database, [Hungary Country Report](#) – Update, Februar 2017, Seite 12 (Englisch)



# BULGARIEN

Bevölkerung (in Millionen)	Ankünfte 2016	Asylanträge 2016	Schutzquote (in Prozent)	Wichtigste Herkunftsstaaten
7,1	18.844*	19.420	44,3	Afghanistan, Syrien, Irak

\* Zahl der irregulären Einwanderer, die festgenommen wurden

Quellen: [Weltbank](#), [Asylum Information Database](#), [Eurostat](#) ©MEDIENDIENST INTEGRATION

## Grenzpolitik

Bulgarien steht bereits seit vielen Jahren wegen eines besonders harschen Grenzregimes in der Kritik. Das Land hat einen Grenzzaun an der türkischen Grenze errichtet. Medienberichten zufolge soll an der türkisch-bulgarischen Grenze zukünftig mehr Militär eingesetzt werden.<sup>48</sup> Die bulgarischen Grenzbehörden sind für Brutalität und Menschenrechtsverletzungen berüchtigt.<sup>49</sup> 2016 haben bulgarische Polizisten nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR fast 19.000 Menschen festgenommen. 2017 ist die Zahl der Festnahmen an der Grenze deutlich zurückgegangen.<sup>50</sup>

Mehrere Menschenrechtsorganisationen haben in den vergangenen Jahren Bulgariens Grenzpolitik in schärfsten Tönen kritisiert: 2014 berichtete die Organisation „Human Rights Watch“, dass die bulgarische Grenzpolizei Geflüchtete an der türkischen Grenze zurückweise – ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, einen Asylantrag zu stellen.<sup>51</sup> Derartige „Pushbacks“ wurden 2015 auch vom Menschenrechtskommissar des Europarats angeprangert.<sup>52</sup> Geflüchtete sollen zudem von Polizisten ausgeraubt, gedemütigt und gefoltert worden sein.<sup>53</sup> Neben der Grenzpolizei patrouillieren auch selbsternannte „Bürgerwehren“ an der türkischen Grenze. Nationalistische beziehungsweise rechtsextreme Parteien haben sie ins Leben gerufen.<sup>54</sup>

## Aufnahme

Nur wenige Flüchtlinge, die Bulgarien erreichen, wollen dort einen Asylantrag stellen. Ende 2016 verließen 84 Prozent der Asylbewerber das Land, bevor das Amt für Flüchtlinge (SAR) eine Entscheidung über ihren Antrag getroffen hat. Diese Situation hat sich geändert, als Serbien im

<sup>48</sup> Siehe hierzu Zeit Online, [Bulgarien will mehr Militär für Grenzschutz einsetzen](#), August 2017

<sup>49</sup> Siehe hierzu Friedrich-Eberts-Stiftung, [The EU-Turkey Refugee Deal](#) and the Not Quite Closed Balkan Route, Juni 2017, Seiten 13 und ff. (Englisch)

<sup>50</sup> UNHCR, [Weekly Report](#), März 2017 und European Asylum Database, Bulgaria – [Country Report](#) Februar 2017, Seite 19 (Englisch)

<sup>51</sup> Human Rights Watch, [Containment Plan](#), Bulgaria's Pushbacks and Detention of Syrian and Other Asylum Seekers and Migrants, 2014 (Englisch)

<sup>52</sup> [Report](#) by Nils Muiznieks, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, 2015 (Englisch)

<sup>53</sup> Human Rights Watch, [Bulgaria: Pushbacks, Abuse at Borders](#), 2016 (Englisch)

<sup>54</sup> Siehe hierzu Spiegel Online, [Privatsheriffs machen Jagd](#) auf Migranten, April 2016

August 2016 die Grenze zu Bulgarien schloss. So stieg die Zahl der Geflüchteten, die in Bulgarien gestrandet sind, zwischen März und Dezember 2016 von 865 auf 5.534.<sup>55</sup>

Die meisten Aufnahmeeinrichtungen sind seitdem überfüllt, was dazu geführt hat, dass sich die Lebensbedingungen der Asylbewerber deutlich verschlechtert haben.<sup>56</sup> Besonders unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leiden unter den aktuellen Umständen, denn mangels einer spezifischen Gesetzgebung genießen sie in Bulgarien keinen besonderen Schutz, wie das UN-Kinderhilfswerk UNICEF festgestellt hat.<sup>57</sup>

Infolge dieser Entwicklung gab es zwischen September und November 2016 eine Reihe gewaltsamer Proteste – vor allem in der Aufnahmeeinrichtung von Charmanli nahe der türkischen Grenze. Als Reaktion auf die Proteste beschloss die Regierung, einen Teil der Geflüchteten festzunehmen.<sup>58</sup> 2016 wurden mehr als 11.000 Inhaftierungsanordnungen gegen Geflüchtete vollzogen – darunter mehr als 1.800 gegen unbegleitete Minderjährige.<sup>59</sup>

Bulgarien wendet eine sogenannte Null-Integration-Politik an: Demnach haben Geflüchtete seit 2013 fast keinen Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt oder dem medizinischer Versorgung.<sup>60</sup>

## SPANIEN

Bevölkerung (in Millionen)	Ankünfte 2016	Asylanträge 2016	Schutzquote (in Prozent)	Wichtigste Herkunftsstaaten
46,4	14.094	15.755	66,8	Algerien, Elfenbeinküste, Gambia

Quellen: [Weltbank](#), [UNHCR](#), [Eurostat](#) ©MEDIENDIENST INTEGRATION

## Grenzpolitik

Es gibt mehrere Wege, über die irreguläre Migranten Spanien erreichen: Entweder wagen sie die Überfahrt über das Meer und gelangen so auf das spanische Festland oder die kanarischen Inseln (2016: rund 8.000 Ankünfte). Oder sie versuchen, über Marokko die Grenze zu den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla zu überwinden (2016: rund 6.000 Ankünfte).<sup>61</sup> Zwischen Januar und Mai 2017 überquerten rund 7.000 Migranten die spanische Grenze. Ein Anstieg um 75 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.<sup>62</sup> Der Grund: Seit etwa drei Jahren flüchten vermehrt Menschen aus westafrikanischen Ländern nach Nordafrika – vor allem aufgrund der prekären Sicherheitslage

<sup>55</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, [The EU-Turkey Refugee Deal](#) and the Not Quite Closed Balkan Route, Juni 2017, Seite 11 (Englisch)

<sup>56</sup> European Asylum Database, Bulgaria – [Country Report](#) Februar 2017, Seite 58 (Englisch)

<sup>57</sup> UNICEF, [Strengthening of the Protection](#) of Migrant Children in Bulgaria, 2016 (Englisch)

<sup>58</sup> UNHCR, Bulgaria: [UNHCR concerned](#) about calls for expulsions following tensions at overcrowded and substandard reception centre for asylum-seekers, November 2016 (Englisch)

<sup>59</sup> European Asylum Database, Bulgaria – [Country Report](#) Februar 2017, Seiten 52 und 55 (Englisch)

<sup>60</sup> European Asylum Database, Bulgaria – [Country Report](#) Februar 2017, Seite 63 (Englisch)

<sup>61</sup> UNHCR, Operational Portal Mediterranean, [Spanien](#) (Englisch)

<sup>62</sup> UNHCR, Spain Arrival Dashboard, Mai 2017 (Englisch)

in Nigeria und der Elfenbeinküste.<sup>63</sup>

Verglichen mit den Ankunftsahlen in Italien bleibt die Zahl jedoch gering. Das liegt vor allem an der strengen spanischen Grenzpolitik und an den bilateralen Rückübernahmeabkommen mit Ländern wie Marokko. Schon 1992 unterzeichnete Spanien ein Abkommen mit Marokko, wonach alle Drittstaatsangehörige zurückgeschoben werden konnten.<sup>64</sup> Ein Jahr später wurde ein Grenzzaun um die spanische Exklave von Ceuta errichtet – wo früher die meisten Migranten aus Afrika spanischen Boden betreten.<sup>65</sup>

1996 wurde ein zweiter Grenzzaun in der Exklave von Melilla gebaut.<sup>66</sup> Seitdem versuchten wiederholt größere Gruppen von Migranten die Grenzzäune zu stürmen – zuletzt im Februar 2017. Mehrere Dutzend Menschen wurden dabei verletzt.

Auch auf den kanarischen Inseln reduzierte Spanien die Zahl der Ankünfte mittels bilateraler Abkommen, hier mit Senegal und Mauretanien.<sup>67</sup> Vor den Abkommen erreichten rund 30.000 Menschen im Jahr die kanarischen Inseln über die westafrikanische Route. Danach fiel die Zahl unter 1.000 pro Jahr.<sup>68</sup> Im Austausch für ihre Kooperation bekommen die beiden Länder mehr Entwicklungshilfe von Spanien.

Spaniens Abkommen mit afrikanischen Ländern wurden wiederholt kritisiert. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie „Human Rights Watch“ haben betont, dass Spaniens Zurückweisungen nach Marokko de facto gegen das Prinzip des individuellen Rechts auf einen Asylantrag verstoßen.<sup>69</sup> Auch die Zusammenarbeit mit Senegal und Mauretanien würde nur kraft einer starken Militarisierung der Grenzen funktionieren: So patrouillieren Schiffe der spanischen Marine und der Guardia Civil – koordiniert von der Frontex-Operation „Hera“ – in den Gewässern vor der mauretanischen Küste.<sup>70</sup> Darüber hinaus schickte Spanien mehrere Hundert Gendarmen der Sicherheitskräfte nach Mauretanien mit der Aufgabe, Migranten in den Hafenstädten abzufangen und in einem Abschiebelager zu inhaftieren. Dieses wurde in Mauretanien als „Guantanamo“ bekannt – zu Deutsch: „Klein Guantanamo“, nach dem Namen der berühmtesten Haftanstalt für Terrorverdächtige auf dem US-amerikanischen Militärstützpunkt auf Kuba.<sup>71</sup>

## Aufnahme

Seit 2014 ist die Zahl der Asylbewerber in Spanien stark gestiegen: Lag sie 2014 noch knapp über 5.000, hat sie sich 2015 fast verdreifacht. 2016 stellten 15.755 Menschen einen Asylantrag.<sup>72</sup>

---

<sup>63</sup> IOM, „[Migrant Smuggling](#) Data and Research: A global review of the emerging evidence base“, 2016, Seite 31 (Englisch)

<sup>64</sup> [Aplicación provisional](#) del Acuerdo entre el Reino de España y el Reino de Marruecos relativo a la circulación de personas, el tránsito y la readmisión de extranjeros entrados ilegalmente, 1992 (Spanisch)

<sup>65</sup> Siehe Jaume Castan Pinos, „[Building Fortress Europe?](#) Schengen and the Cases of Ceuta and Melilla“, 2009, Seite 18 (Englisch)

<sup>66</sup> Siehe Fokus Migration, [Länderprofil: Spanien](#) 2008, Seite 5 ff.

<sup>67</sup> Siehe „[Agreement](#) between the Republic of Senegal and the Kingdom of Spain on cooperation on the prevention of migration“, 2006 und „[Mauritania-Spain Agreement on the control of migratory flows and readmission](#)“, 2006 (Englisch)

<sup>68</sup> Frontex, [Western African](#) Route, 2017 (Englisch)

<sup>69</sup> Human Rights Watch, [Spain/Morocco](#): Protect Migrants, Asylum Seekers, März 2014 (Englisch)

<sup>70</sup> Siehe Stephan Dünnwald, „[Remote Control?](#) Europäisches Migrationsmanagement in Mauretanien und Mali“, 2015 (Englisch)

<sup>71</sup> Siehe Mediendienst Integration, „[Migranten schon in Afrika](#) auswählen?“, Juni 2015

<sup>72</sup> Eurostat, [Asylum and First Time](#) Asylum Applicants (Englisch)

Dementsprechend wurde die Zahl der Schlafplätze in Aufnahmeeinrichtungen deutlich erweitert: Von 1.700 Ende 2015 auf mehr als 4.000 Ende 2016. Doch die Kapazitäten reichten dennoch nicht. Allein in den Aufnahmezentren von Ceuta und Melilla waren Ende 2016 rund 2.000 Menschen untergebracht – bei einer maximalen Kapazität von 1.300 Plätzen.<sup>73</sup>

---

<sup>73</sup> European Asylum Database, [Country Report](#): Spain, Februar 2017, Seite 12 (Englisch)